

LETTRE À UN GRAND-DUCHÉ CHRÉTIEN
BRÉIF UN E CHRËSCHTLECHE GRAND-DUCHÉ
LETTER TO A CHRISTIAN GRAND DUCHY
BRIEF AN EIN CHRISTLICHES GROSSHERZOGTUM

Vom Autor ins Deutsche übersetzte
Fassung von
LETTER TO A CHRISTIAN GRAND DUCHY

LUXEMBURG im frühen 21. Jahrhundert

VIM WAMMER © 2009

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Aus der Reihe *The Hollow Cross*.
Initiiert durch Kommentare und Reaktionen
sowie jüngste politische Ereignisse.

www.artreason.de

Das Großherzogtum Luxemburg, das hier angesprochen wird, ist eigenartig widerspenstig gegen säkulare Vernunft und mittelalterliche Gewohnheiten werden erbittert verteidigt, wie einstmals die berühmte Festungsanlage, auf die die Hauptstadt gebaut ist. Es gibt jedoch auch andere Länder mit ähnlicher Sturheit und merkwürdigerweise bezeichnen sich alle als moderne Staaten. Dieser Brief mag, im Wesentlichen, auf manchen *freien* Staat irgendwo auf der Welt zutreffen. Meine direkte schmerzliche Erfahrung in meinem Heimatland veranlasst mich prioritär die Lage der Dinge in Luxemburg zu beklagen. Millionen weltweit erwarten Veränderungen, die führende Dummköpfe bisher verhindern. Diese ansonsten großer Leistungen fähige Gesellschaft hat keine Entschuldigung für Unsinn.

VORWORT

Dieser Brief enthält eine Forderung nach Veränderung. In einer politischen Situation, die unlängst in diesem kleinen Land im Herzen Europas gezeigt hat, dass die Entwicklung seiner Gesellschaft nicht länger von anachronistischen Institutionen behindert werden sollte, die einen eigennützligen Einfluss auf Bildung und Politik ausüben und dabei auch jene, die mit ihrem Gewissen nicht zustimmen können, dazu zwingen, die Kosten zu tragen ... an diesem Punkt ist Veränderung überfällig.

Der Titel *Brief An Ein Christliches Großherzogtum* - und seine Übersetzungen - erinnern vorsätzlich an einen Brief mit ähnlichen Bestrebungen, den der amerikanische Autor Sam Harris auf amerikanische Reaktionen zu seinem Buch *The End Of Faith* schrieb. Er nannte seine Antwort *Letter To A Christian Nation*. (*)

Er wandte sich an die US-amerikanische Nation als Ganzes und stellte die Aufrichtigkeit ihrer konventionellen Haltung in Frage, indem er viel sagende Fakten aufzeigte und seine Landsleute aufforderte ihre Argumente zu überdenken.

Seinem Beispiel zu folgen bedeutet Respekt für sein Werk, das wir hier ausdrücklich anerkennen, und wir hoffen, dass unsere verwandte Ambition eine Anlehnung an seinen Titel rechtfertigt.

(*) Sam Harris *The End Of Faith* (2004) - *Letter To A Christian Nation* (2006)

Es ist vielleicht sinnvoll hier zu erwähnen, dass die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika seit 1791 – First Amendment – vorschreibt, dass der Staat keine Bindung zu Religion hat und sich Parteilichkeit für religiöse Überzeugungen verbietet.

1 – DIE GESCHICHTE

Das Großherzogtum Luxemburg wurde durch politische Entscheidungen beim *Wiener Kongress* 1815 geschaffen, wo wichtige Vereinbarungen für eine Neuordnung Europas unterzeichnet wurden. Nach turbulenten Jahrzehnten der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege blieb erst ab 1839 die territoriale Form des Landes schließlich unangetastet. Der vorherige Status hatte zu eigenartigen Koalitionen und Landverlusten geführt, und das folgende halbe Jahrhundert tumultuöser Entwicklung in den europäischen Ländern brachte eine Londoner Konferenz 1867 dazu, das Land zum neutralen Territorium zu erklären, zwischen den begehrlichen Interessen der damaligen Großmächte Großbritannien, Frankreich, Preußen, aber immer noch unter der Herrschaft des Königs der Niederlande. Als die männliche Erblinie des niederländischen Königs erlosch, brachten komplizierte Verträge zwischen europäischen Adelsfamilien Luxemburg eine neue Erbdynastie: das Haus *Nassau-Weilburg* deutschen Ursprungs.

Eine Verfassung von 1868 formte eine konstitutionelle Monarchie, die eine parlamentarische Demokratie praktizierte, mit dem Großherzog als Staatsoberhaupt und den Volksvertretern in der Abgeordnetenkammer die die politische Arbeit machten.

Wichtige wirtschaftliche Werte, besonders die führende metallurgische Industrie, sicherten diesem kleinen Land - von gerade 2.586 Quadratkilometern, mit einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl unter 400.000, bis spätere Jahre zahlreiche Immigranten brachten und eine wachsende Anzahl Grenzgänger, die im luxemburgischen Markt mitarbeiteten – eine prosperierende Epoche. Internationale Industrieanlagen entdeckten den kleinen zentralen Punkt als gute Lage für ihre Filialen.

Luxemburg war 1957 einer der Gründerstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ist seit diesem epochalen Anfang in der europäischen Entwicklung engagiert. Nach und nach zog ein wachsender Finanzplatz Hunderte von in- und ausländischen Banken an, deren Attraktivität im internationalen Wettbewerb durch günstige Gesetze gefördert wurde.

Traditionell, wie in den meisten europäischen Ländern, hielt eine dominierende Kirche eine privilegierte Rolle neben Monarchie und Parlament – in Luxemburg die Römisch-Katholische Kirche.

2 – DAS 21. JAHRHUNDERT

Wir überspringen einige schmerzliche Perioden und den üblichen Kampf für Fortschritt, um im 21. Jahrhundert anzukommen, mit einem wachsamem Auge auf die Situation die eine denkende Person mehr denn je verpflichtet – und befähigt – die Moralität, die Wahrhaftigkeit und die Rechtfertigung des sozialen Umfelds zu beurteilen.

Da Traditionen mit der Zeit ändern und neue Prioritäten eine moderne Gesellschaft herausfordern, können alte Muster Teile der demokratischen Bevölkerung stören und in Konflikt geraten mit wachsenden Gesellschaftsrechten und Prinzipien der Justiz. Darüber hinaus wird niemand Ansichten, die ihm nicht eigen sind, automatisch übernehmen wollen und generell – im politischen Theater – werden verschiedene Meinungen verschiedene Parteien hervorrufen, bei denen ein freier Bürger einen mehr oder weniger passenden Hafen für sein individuelles Wahlervotum findet.

Aber was, wenn eine Institution ihre anachronistischen Privilegien beibehält ohne alle Gesellschaftsmitglieder zu überzeugen? Oder wenn darüber hinaus diese Privilegien und ihre finanzielle Unterstützung vorgeschrieben werden?

Diese Umstände werden zweifelsohne zu einer genaueren Prüfung der Natur und Rechtmäßigkeit solcher Institutionen führen, vor allem aber ihrer Notwendigkeit.

Dahin sind wir im *Christlichen Großherzogtum* Luxemburg gekommen.

Jüngste Ereignisse, nahe am Aufruhr, haben das Land gegen Ende 2008 erschüttert und die Kollision opponierender Ideen beschleunigt, als sie aussergewöhnlichen Charakter und zweifelhafte Absichten enthüllten.

Bevor wir weitere Ereignisse erwähnen, werfen wir einen Blick auf den *status quo*, den wir anschließend in Frage stellen.

Die Römisch-Katholische Kirche hat ein Privileg in öffentlichen Schulen Religionsunterricht zu erteilen.

Die gesamte Geistlichkeit wird voll und ganz vom Steuerzahler bezahlt, ungeachtet seiner Weltanschauung.

Der Unterhalt aller Kirchen wird von der Volksgemeinschaft bestritten – nicht von der Glaubensgemeinschaft.

Die Kirche legt keine Rechenschaft ab über Besitz, Vermögen und Ausgaben.

Andere Glaubensgemeinschaften erhalten nicht dieselbe Aufmerksamkeit, während einige gleichermaßen vom öffentlichen Schatzamt bezahlt werden.

Der Thron des Großherzogs ist ein erbliches Privileg in Verbindung mit der Funktion des Staatsoberhauptes.

Die vorerwähnten sechs Verpflichtungen werden alle dem nationalen Budget für weit über 35 Millionen Euro jährlich belastet. Der Unterhalt von Kirchenbesitz ist zudem Aufgabe der öffentlichen Dienste der Gemeinden, die diese unentgeltlich leisten.

Im Jahre 2008, mit einem Höhepunkt im Dezember, haben Monarchie und Kirche eine Rolle gespielt die wie ein Flächenbrand das Parlament und den Grossteil der Bevölkerung entsetzte. Keine Slapstick-Komödie könnte es besser.

Nach einem erbitterten Kampf zwischen den politischen Parteien – mit enormer Medien-Aufmerksamkeit, Petitionsinitiativen, und zusätzlichem Befassen des Staatsrates stand ein Gesetz (nach einigen Änderungen) zur 2. Abstimmung, das nach allen Meinungsumfragen und 1. Votum eine klare Mehrheit fand. Es war das Gesetz, das die Euthanasie (oder Sterbehilfe) *ermöglichen* sollte, unter strengen Auflagen und nur in aussichtslosen Fällen unheilbarer Krankheit, ausschliesslich zu beanspruchen von der betroffenen Person.

Dieses Gesetzprojekt – von den Abgeordneten Lydie Err und Jean Huss eingebracht – folgte dem Beispiel diesbezüglicher Gesetzgebung in den Niederlanden und Belgien für eine würdevolle Lösung im Falle eines unheilbaren Leidens sowie einer legalen Basis für beteiligte Ärzte, die dann nicht rechtlich belangt werden konnten wenn die strengen Auflagen gewissenhaft beachtet wurden.

Das Recht der Menschen über ihr Schicksal selbst zu bestimmen, was die Kirche bestritt und die Liberalen begrüßten, war der größte Zankapfel. In den Tagen vor dem geplanten Votum wurde das Klima heißer und zwei Institutionen legten der Demokratie eine Falle. Der Monarch und die Kirche.

Der Monarch Henri, Großherzog von Luxemburg, gab bekannt, dass er dieses Gesetz nicht unterschreiben würde – eine Vorschrift in Artikel 34 der Verfassung – wegen seines katholischen Gewissens.

Der Erzbischof Fernand Frank der Katholiken gab den Geistlichen Anweisungen, von den Kanzeln die demokratische Körperschaft mit ihren Abgeordneten einzuschüchtern.

Der Papst Joseph Ratzinger - Benedikt XVI. - erklärte in Rom, dieses Gesetz in Luxemburg wäre ein illegaler Akt in den Augen der Christen.

Alle drei hatten ihre Rechte und Aufgaben maßlos überschritten und ihre Pflichten verletzt. Es war zu auffallend, dass diese Intrige organisiert war.

Eine Reihe dramatischer Reden beanspruchte einen Grossteil der Sitzungszeit am Tag der Abstimmung. Das Votum am 18. Dezember 2008 war wie erwartet: 31 Stimmen für das Gesetz, 26 dagegen, 3 Enthaltungen (die Kammer hat 60 Abgeordnete).

Nun, was ist so aufregend an der intriganten Einmischung, wenn das Votum doch durchkam?
Es ist ein Skandal!

Des Monarchen Lapsus (Lateinisch für *Ausrutschen der Feder*) wurde sofort durch eine einstimmige Entscheidung der Abgeordnetenkammer repariert, indem Artikel 34 der Verfassung dahingehend geändert wurde, dass der Monarch von einer Unterschrift der Gesetze entbunden wurde und seine Rolle auf das Verkünden reduziert wurde, ohne dass seine Zustimmung erfordert war, sollte sein Gewissen nicht mitmachen.

Das Benehmen des Vatikans und der Kirche rückte das dringende Thema *Trennung von Kirche und Staat* in den Vordergrund, das sich in 2007/2008 neu entzündet hatte.

Nun war es nur ein Schritt Monarchie und Kirche als Teilnehmer der Politik in Frage zu stellen.

3 - DIE RECHTFERTIGUNG

Ob jemand eine Monarchie erhalten will oder nicht, ist Ansichtssache, sicher, aber wie steht es um die Notwendigkeit? Wenn wir ein Parlament haben, brauchen wir keinen Monarchen mit einem Hof der Millionen kostet, vom Volk bezahlt. Könnten wir nicht diese Mittel sinnvoller einsetzen?

Eine Kirche – jedwede Kirche – ist ein anderes Thema. Viele Leute glauben nicht an Religion und akzeptieren die Rolle einer Kirche nicht. Warum sollte eine Kirche über andere eine Vorherrschaft ausüben, mit Privilegien und Vorteilen finanzieller Natur? Sollte religiöser Glaube nicht Privatsache sein?

Haben Religion und Kirche eine moralische Autorität? Was in der Geschichte der Römisch-Katholischen Kirche hat uns in 2000 Jahren gezeigt, dass sie sie hätte? Die anderen sind aus demselben Stoff. Welche Beweise haben Religionen und Kirchen für ihre Wahrhaftigkeit?

Wieso sollte eine Kirche Indoktrinierung in der Bildung einer Gesellschaft ausüben?

Haben Atheisten, Agnostiker, Ungläubige, oder andere Menschen, die aus individuellen Gründen nicht von Religion belästigt werden möchten – haben sie alle nicht das Recht vor dem fatalen Einfluss von Dogma geschützt zu werden?

Bitte überprüfen Sie Ihre Ansicht zu den folgenden Fragen:

Ist es gerecht – aus allen Blickwinkeln – dass Menschen die nicht an Gott glauben eine Kirche bezahlen?

Ist es korrekt eine Regierung für eine Priesterschaft zahlen zu lassen, die nicht alle akzeptieren?

Ist es gut für eine Gesellschaft, wenn Kindern Ansichten im Religionsunterricht aufgezwungen werden?

Ist es fair, den Geist eines Kindes zu beeinflussen, und oft genug einen späteren Weg aus der Falle zu versperren?

Ist es rechtmäßig Priestern materiellen Wohlstand und Unabhängigkeit zu sichern, während die anderen kämpfen müssen?

Ist es akzeptabel, dass eine Kirche politischen Einfluss nimmt?

Als Klammer sei hier eingefügt, dass ein dubioses Komitee, das sich überstürzt nach der Annahme des Gesetzes gründete, versuchte ein Referendum zu erzwingen – als letzter Ausweg – um die Regierung zu Fall zu bringen, und dem Großherzog alle Rechte zu erhalten (die er persönlich nicht mehr wollte) und in der politischen Arena heillose Verwirrung zu stiften. Die erforderliche Anzahl von Unterschriften - von Wahlberechtigten - um ein Referendum zu starten ist 25.000. Die in den Gemeinden aufgelegten Listen brachten genau 796 zusammen, die angeblich oft nicht wussten was genau sie unterschrieben.

Nun war jeder sehr gespannt auf die Wahlresultate am 7. Juni 2009 (gleichzeitig für die Abgeordnetenkammer und das Europäische Parlament) denn die Witze hatten einige amüsiert, aber nicht alle, und eine Wende in den politischen Machtverhältnissen war zumindest möglich.

Inzwischen, am 12 März 2009, hatte die Abgeordnetenkammer mit breiter Mehrheit im zweiten Wahlgang (der erste war am 11. Dezember 2008) die Abänderung von Artikel 34 der Verfassung angenommen, die die Rolle des Großherzogs darauf beschränkte, Gesetze zu verkünden ohne sie notwendigerweise gutzuheißen, was tatsächlich eine unnötige Formalität vor der üblichen

Veröffentlichung im *Mémorial* und der Inkrafttretung ist. Es war nur eine Änderung (die dringendste, in Anbetracht der jüngsten Ereignisse) auf der Tagesordnung einer Spezialkommission, die mit einer Revision der Verfassung beauftragt war. (Eine tiefer greifende Überprüfung war für später geplant).

Durch die starken Wurzeln der Gesellschaft, verankert in Konservatismus, Kirche, Monarchie, und entsprechenden zweifelhaften Einflüssen, brachten die Wahlen NICHT die überfällige Veränderung. Dieselbe Koalition von Christlich-Sozialen mit unterwürfigen Sozialisten – die den Namen nicht verdienen – fuhr mit dem Regieren fort, mit ein paar neuen Gesichtern und einigen Ämterwechseln. Im Ganzen sah es aus, als ob niemand eine Veränderung wollte. Die vielen jedoch, die sich von den “führenden” Parteien abgewandt hatten – aufgrund jüngerer oder älterer Entscheidungen – sprachen eine andere Sprache, die Sprache der Vernunft.

4 – DIE FORDERUNG

Wenn nicht alle, und nicht einmal die Mehrheit einer Bevölkerung, Richtlinien und Glauben einer oder mehrerer Regierungsparteien und ihrer Vertreter teilen, ist es eine berechtigte Forderung, sie von aufgezwungenen Konventionen und Kostenbeiträgen zu befreien, die allesamt eine Beleidigung ihrer Überzeugungen und einen willkürlichen Betrug darstellen.

Es ist ein großer Unterschied etwas zu erlauben und etwas zu erzwingen.

Wenn Religionen und Kirchen gestattet wäre in privaten Kreisen zu arbeiten, nur von ihren Mitgliedern bezahlt, und sie sich aus Bildung und Politik heraushielten, und Ungläubige und jene, die nicht mit irgendeiner religiösen Körperschaft sympathisieren, würden von anachronistischen aber gesetzlichen Konventionen befreit, hätten wir eine Gesellschaft wahrer sozialer Gleichheit.

Im frühen 21. Jahrhundert unserer Zeitrechnung – so unglücklich von einer Religion installiert die keinen Beweis für das Ereignis hat, auf dem der Kalender basiert – sollten wir alle Wurzeln, die Vernunft und Gerechtigkeit mit verrückten Relikten des Mittelalters behindern, hinter uns lassen, mehr noch ausmerzen, um uns auf wahre Würde hin zu bewegen, wenn das ein Attribut ist, das die Menschheit verdienen will.

KEINE Macht den Religionen, Geistlichen, Kirchen über ihre Klubs hinaus.

KEIN Einfluss auf Bildung und Politik. Aber auch: KEINE erzwungenen Abgaben von jenen die dem religiösen Wahn nicht folgen, dafür aber säkularer Ethik und der Stimme der Vernunft auf allen Gebieten menschlicher Präsenz und Arbeit auf diesem Planeten.

Der Fortschritt wäre enorm, wenn wir diese Trennung bewerkstelligen würden, und zugleich der einzige Weg zu einer humanen Zukunft. Der andere wird der Verfall sein, der auf dem absoluten Nullpunkt der Zivilisation enden wird.

Wer sind diejenigen, die die Auswahl für uns treffen wollen?

Vim Wammer